

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: WILH. RÖHLING in Düsseldorf,
Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die gespaltene Zeile 20 Hg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Hg. das Liniend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1642.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet vierteljährlich 75 Hg.; durch die Post bezogen 90 Hg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Meelen in
Arefeld, Duth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Arefeld, Samstag, 16. Dezember 1905.

Nr. 50.

Macht oder Recht.

Es ist ein wahres Kreuz für den Arbeiterstand, daß es viele Leute gibt, welche jeden wirtschaftlichen Kampf zu einem Klassenkampf zu stampeln suchen. Ohne dieses Bestreben würde auch der entscheidende Interessenkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht mit der tiefgehenden Erbitterung gekämpft werden, die wir heute fast bei jedem größeren Kampfe beobachten können.

„Seht dort euren Todfeind, das Kapital“, so rufen die Schürer des Klassenkampfes den Arbeitern zu. Dadurch werden die ohnehin unzufriedenen Arbeiter in jene „Dastillenscharm“-Stimmung versetzt, welche sie zu einer ruhigen Abwägung der Kampfbedingungen unfähig macht. Das Gebiet des Erreichbaren kommt den kampfescheuenden Massen in der blinden Uebersehung ihrer eigenen Kraft so eng begrenzt vor, daß die warnende Stimme der weiter schauenden Gewerkschaftsführer nicht nur in den Wind geschlagen, sondern sogar als arbeiterverräterisch zurückgewiesen wird. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins, so lehrt man die Mitglieber. Was wunder, daß sich der mitten im bitteren Wirtschaftskampfe stehende Genosse mehr der Parteimann als den Gewerkschaftler in sich fühlt. Der Parteiführer schneidet dem Arbeiter und sucht ihn in den Wahn zu versetzen, als gelte es dem Kapital den letzten entscheidenden Schlag zu versetzen.

So glaubt es denn der Genosse, daß der revolutionäre Geist wichtiger sei als Organisation und Disziplin. Im feindlichen Klassenkampfe verschärfen sich so die Arbeiter die Sympathien weiter Volksteile. Die Feinde der Selbstbetätigung der Arbeiterschaft, unsere deutschen Scharfmacher, aber registrieren schmerzlos jeden Kraftausdruck, jede geschriebene oder gesprochene Klassenkampfsphrasen, um Regierung und bürgerliche Kreise gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft einzunehmen. Wegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter haben die Scharfmacher „nichts, beiseite nichts“. Würden sie eingesehen, daß ihnen jede selbständige Betätigung der Arbeiter ein Greuel ist, so könnte ihre Agitation gegen die Arbeiterschaft nur abstoßend wirken.

Wir mühten uns mit Recht den Vorwurf sozialistischer Kurzsichtigkeit gefallen lassen“, schreibt die Deutsche Arbeitgebezeitung, „wollten wir jedes Bemühen der bürgerlich gerichteten Soziologen, auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Höhen und Tiefen, auf die kulturelle Hebung des Arbeiterstandes, auf die Wohlfahrt des einzelnen Arbeiters hinzuwirken, von vornherein für zwecklos und unberechtigt erklären. Nein, wir sind vielmehr der Ansicht, daß es ein Werk ist, des Schweiges der Eblen wert, soziale Mißstände beseitigen zu helfen und dem letzten Sohn unseres Volkes das Plätzlein an der Sonne zu verschaffen, auf das er ein wohl begründetes, allgemein menschliches Anrecht hat.“

War keine üblen Ansichten, welche die „Deutsche Arbeitgebezeitung“ hier entwickelt. „Dem letzten Sohn unseres Volkes sein Plätzlein an der Sonne.“ Wirklich nett gesagt. Da wird die „Deutsche Arbeitgebezeitung“ doch auch wohl für die Sicherung des Ansehens der Arbeiter eintreten, damit sich der „letzte Sohn unseres Volkes sein Plätzlein“ erwerben kann? So könnte derjenige vielleicht glauben, welcher die Nr. 47 derselben Zeitung nicht gelesen. In dieser Nr. schreibt die Arbeitgebezeitung nach einem neuen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Anlaß hierzu bietet ihr die Stellung der Sozialdemokratie zum Generalstreik. Die von der Arbeitgebezeitung vorgeschlagenen Zusatzbestimmungen zum § 152 der G.-D. lauten:

„Wer außer zu dem im § 152 der G.-D. bezeichneten Zwecken es unternimmt, Arbeitseinstellungen hervorzurufen, welche infolge ihres Umfangs geeignet sind, das deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht durch Unterbindung seiner Produktion, seines Handels oder seines Verkehrs dem Auslande gegenüber zu schädigen, wird . . . bestraft.“

Das gleiche gilt, wenn die Schädigung nur einen Bundesstaat oder mehrere einzelne Bundesstaaten betrifft. Sind durch die im Abs. 1 bezeichneten Handlungen wirtschaftliche Nachteile eingetreten, so kann die Strafe bis auf . . . erhöht werden.“

Natürlich sollen die Strafen, damit die vorgeschlagene Gesetzesvorschrift ihren Zweck erfüllt und abschreckend wirkt, sehr schwere sein; eine mehrjährige Freiheitsstrafe soll als Strafminimum gelten. Würde es den Scharfmachern gelingen, ihrem Vorschlage Gesetzeskraft zu verschaffen, so wäre das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet.

Das magt auch die Arbeitgebezeitung nicht ganz in Übereinstimmung zu stellen, denn sie schreibt:

„Die gesetzliche Formulierung des strafrechtlichen Tatbestandes würde allerdings einige Schwierigkeiten machen, da die Gefahr immerhin als vorhanden anerkannt werden muß, daß eventuell auch rein gewerbliche, also zulässige Streiks von der Umgrenzung des Gesetzes mit umfaßt werden könnten.“

Trotzdem aber bringt das Scharfmacherorgan derartige Anhebungspläne in Vorschlag, unter Berufung auf den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie und der mit ihr verbündeten „freien“ Gewerkschaften. So muß denn der Radikalismus der „Freien“ den Scharfmachern dazu dienen, um ihren reaktionären Bestrebungen einen Schein von Gerechtigkeit und Selbstverteidigung zu geben.

Herr Vicent. Mumm hat Recht, so schreibt die „Schneid. Hg.“, wenn er sagt:

„Die gegenwärtige Lage in Deutschland redet laut: Sie mahnt die Arbeiter: Organisiert euch! Aber nicht in das

wirtschaftliche Krügen die politische Lehre vom Klassenkampf! Der Klassenkampf nützt nur einem organisierten, rücksichtslosen Arbeitgebern. Er mahnt die Arbeiter: Laßt von patriarchalischen Träumen! Der Fabrikfeudalismus führt in unerträgliche Spannungen. Nur Anerkennung gesunder Arbeiterorganisationen, nur Tarifverträge führen zu einem haltbaren Band zwischen Arbeitern und Fabrikanten.“

Der Schwerpunkt liegt hier allerdings in dem Worte „gesund“. Können wir die im Schwefeldampf der politischen Demagogie erzeugten und großgewordenen „freien“ Organisationen als gesund bezeichnen, ist ihre törichte, arbeiterfeindliche Machtpolitik des Klassenkampfes ein einwandfreier Standpunkt? Diese Fragen müssen verneint werden.

Wo das Recht aufgehört hat, oberste Norm alles Schaffens zu bilden, geht es dem Abgrund zu. Unter ganzes Volksleben leidet unter der Verneinung des Rechtsstandpunktes seitens gewissenloser Arbeiterführer. Wir treiben Zustände zu, die den Kampf aller gegen alle bedeuten. Die Reaktion gegen die demagogischen Künste der Modernen erhebt seit langem ihr drohendes Haupt, die meisten Arbeitgeberorganisationen haben sich gebildet unter den gleichen Voraussetzungen des rücksichtslosen, brutalsten Klassenkampfes, und darunter haben alle Arbeiter zu leiden. Deshalb: Zurück zum Recht! Die christlichen Gewerkschaften gründen sich auf dieses Prinzip. Ihnen fällt deshalb die Aufgabe zu, die Arbeiterschaft zu führen in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Mag der Machtkampf der anderen Herren noch so groß sein, mag ihr Fanatismus und ihre zügellose Brutalität alle Mühen spielen lassen, die christlichen Arbeiter haben sich um die Fahne des Rechts geschart, und deshalb wird und muß ihnen der Sieg werden. Auch die Herren vom Zentralverband der Industriellen können sich der Daseinsberechtigung der christlichen Gewerkschaften nicht entziehen und deshalb bekämpft man sie nach dem Muster aller Scharfmacher mit dem schäbigen Mittel der Demagogie. Der Ehrenschliff unserer Bewegung ist zu rein, um von einem Arschloch bestreift werden zu können — wir führen seinen Anspruch nur an als Symptom.

Kultur und Recht sind eng verbundene Begriffe, ebenso sozialer Fortschritt und Recht. Daher kommt die ganze Anziehungskraft der christlichen Gewerkschaften, daher kommt der Einfluß, den sie heute schon im öffentlichen Leben besitzen. Dieser Einfluß wird mit dem stetig fallenden Kredit der „modernen“ Arbeiterbewegung sich vermehren, und daraus eröffnet sich für die Arbeiterschaft die schönste Perspektive. Wenn sich ihre Stellung hebt, hebt sich auch ihr wirtschaftliches und kulturelles Niveau. Sie können sich mit Ernst und Nachdruck auf den Rechtsstandpunkt berufen, auf dem sie stehen, und der blutige Dilletantismus der heutigen „Arbeitervertretung“ durch die Linke wird von einer fortschrittlichen, sozialreformatorischen Wirksamkeit aller für alle verdrängt.

Das ist ein schönes Ziel, das unserer Mitarbeit wert ist. Im Sinne unseres Prinzips, des unbedingten Rechtsstandpunktes, wollen wir unserer Pflicht der Mitarbeit genügen. Im großen Kampfe der Macht gegen das Recht darf keiner an seinem Plazze fehlen, jeder gebe die Dichterwortes: „Ein Mann, der für eine hohe Idee lebt und ihr Opfer bringt, ist jedesmal auch ein höherer Mensch.“

Die Stellung der Gesellenvereine zu den Tarifverträgen.

Eine ablehnende Stellung nehmen weite Kreise der deutschen Handwerksmeister gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, besonders der Handwerksgehilfen ein. Die Gewerkschaftsbewegungen sollen dem Vormarskkommen des Handwerkerstandes hinderlich sein. Während die Handwerksmeister in den Arbeiterorganisationen ihren Feind erblicken, treiben die Anwärter des Einmissionswesens die schönsten Blüten. Das Fehlen fester Lohn- und Arbeitsbedingungen ermöglicht es dem Schmuckkonkurrenten im Handwerkerstande, auf Kosten der Arbeitssöhne die anständigen Konkurrenz zu unterbieten. Nur die Einführung von Tarifverträgen vermag hier Besserung zu schaffen im Interesse des ganzen Handwerkerstandes. Ueber das Wesen der Tarifverträge und die Stellung der Gesellenvereine zu denselben führte der H. P. Präses A. Scherrer auf der Präsidensversammlung der kath. Gesellenvereine in Luzern (Schweiz) u. a. folgendes aus:

„Die heutige Zeit brachte mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung notwendiger Weise auch ein Emporstreben des Arbeiters. Auf der einen Seite erhebt sich das Großgewerbe immer mehr, während auf der anderen Seite durch die Forderungen der Neuzeit der Handwerker und Arbeiter unelbständiger wird, wenn er nicht durch eine zielbewusste Organisation sein Recht zu schützen und zu mehren weiß. Die letzten Jahre haben genug bewiesen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr auseinander gerissen werden. Was sind die kleinen und großen Streiks, die Massenauflösungen der Arbeiter seitens der Prinzipale anders als ein unheilvolles Zeichen, daß eine feindselige Stimmung in beiden Teilen Platz gegriffen hat, statt in friedlicher Harmonie miteinander zu verkehren, wie es der beiderseitige Wohlstand und der gesunde Fortschritt naturnotwendig bedingt. Um diesen Vulkan ausbrüchen einen Damm entgegenzusetzen und einen ruhigen wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern, müssen wir nach einem Mittel suchen, beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einander näher zu bringen und zu versöhnen. Dieses Mittel aber kann kein anderes sein als die Tarifverträge, die in den deutschen Gewerben auch immer mehr Verbreitung finden.“

Welche Vorteile bieten nun solche Vereinbarungen? Der wirtschaftliche Vorteil der Tarifgemeinschaften liegt vorab in ihrer Einwirkung auf die Lage der beteiligten Arbeiter. Die Gestaltung des Arbeitsvertrages ist für den Lohnarbeiter eine Lebensfrage. Die Verwertung seiner Arbeitskraft ist seine einzige Einnahmequelle und hängt sein und seiner Familie Wohl und Weh davon ab, gegen welche Entlohnung und unter welchen Bedingungen er seine Kraft dem Arbeitgeber abtritt. Der Arbeiter, wenn er klug sein will, muß daher mit aller Energie dahin trachten, seine Leistungen so gut als möglich zu verwerthen, wie der Beamte einen anständigen Gehalt, der Kaufmann rentable Preise für seine Ware und der Bauer eine seiner Mühen lohnende und seine Existenz erhaltende Bezahlung seiner Landprodukte verlangt. Wo aber der Einzelne nichts vermögen, muß die Gesamtheit eintreten, so gut wie die vereinigte Landwirte in einheitlichen Preisen ihre Früchte verkaufen, die Kaufleute eine gemeinsame Preispolitik treiben, so muß der Lohnarbeiter seine Erzeugnisse, das ist das Produkt der Handarbeit, oder mit einem Worte seine Kraft, gemeinsam verkaufen, d. h., er schließt „Korporative Arbeitsverträge“. Es fordert dies schon die soziale christliche Gerechtigkeit, daß der Arbeiter mit seinem Vermögen, d. i. mit seiner physischen Kraft, nicht der Willkür einiger Weniger ausgeliefert sei. Deshalb ist es notwendig, daß der Arbeiter beim Verkauf seiner Ware, bei Schließung des Vertrages auch etwas mitzubedenken hat. Es ist keine Gerechtigkeit, wenn der Gehülfe heute meinetwegen 5 Fr. für seine Leistung bekommt, morgen vielleicht nur 4 Fr., um übermorgen auf die Straße gestellt zu werden. Der große Weale Wert des Tarifvertrages liegt in der offenen Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes in Sachen des Arbeitsvertrages. Der Tarifvertrag durchbricht das herrschende Patriarchensystem, der Unternehmer muß von seinem Herrenstandpunkt ablassen, d. h., er muß in dem vereinbarten Arbeiter einen gleichberechtigten Kontrahenten erblicken. Es ist nicht eine Klust da sein, sondern die Brücke, die beide Teile „rechtlich“ zusammen führt, soll der Arbeitsvertrag bilden.

Inwiefern sind die korporativen Abmachungen auch für den Arbeitgeber von Nutzen? Das Vertragsverhältnis garantiert die gewerbliche Ruhe, und so herrscht da Frieden und Einigkeit. Wenn Arbeiter und Arbeitgeber sich einigen, daß für eine bestimmte Zeit ein gewisser Tarif herrschen soll für Arbeitszeit, Lohn etc., so kann der Unternehmer in dieser Zeit am besten die geschäftliche Lage überblicken, er ist in Sicherheit vor unerwarteten Ueberfällen. Nützen hingegen die Unternehmer die wirtschaftliche Hilfslosigkeit ihrer Gesellen zu Lohnzuzügen aus, so bedenken sich diese auch nicht lange, sie in Zeiten des flüchtigen Geschäftszuges oder der Hochkonjunktur durch Forderungen, Streiks, Sperre in die Enge zu treiben, gleichgültig wie eine derartige Taktik auf die geschäftliche Lage des Prinzipals einwirkt. Gerade die kleineren Arbeitgeber leiden immer schwerer unter unregelmäßigen Lohnverhältnissen. Wo feste Löhne bestehen, kann der einzige Unternehmer in ungestörtem Frieden an der Erweiterung seines Betriebes, der Ausdehnung seines Kundentretes und der Festigung seiner Geschäftszweige arbeiten. Zahlreiche Kundengebungen von den verschiedensten Arbeitgebern könnten wir anführen, daß Tarifverträge ein segensbringendes Institut sind.

Daraus ergibt sich von selbst die Lösung der Frage, daß die Gesellenvereine bestrebt sein sollen, mitzutun an diesem eminent wichtigen sozialen Werke. Es soll ja gerade ein Ziel der Gesellenvereine sein, in möglichster Harmonie mit der Meisterschaft zu arbeiten. Welch unermeßlichen Schaden erleiden nicht unsere Vereine jeweils, wenn ein Streit ausbricht. — Der Gesellenverein ist nicht ein rückfälliger Verein, er will mit der Zeit vorwärts marschieren und mit helfen an der Lösung der sozialen Probleme. „Die Religion geht durch den Magen“, dies alte Sprichwort ist nur zu wahr. Sollen die Gesellenvereine auf der Höhe bleiben, sollen sie erstarren, dann müssen wir uns auch um das materielle Wohl unserer Gesellen annehmen. Nicht Revolution, nicht Klassenkampf ist unsere Parole, sondern Einheit und Friede mit den Arbeitgebern. Gewiß hat Vater Kolping vor allem das ethische Ziel vor Augen gehabt bei Gründung des Vereins, aber sicher würde er, dem ja das Wohl und Wehe seiner Gesellen so sehr am Herzen lag, auch mitwirken, um den sozialen Frieden herbeizuführen. An den alten unverrückbaren Grundfelsen festhalten, aber das hindert uns nicht an dem gesunden Fortschritt mitzutun.

Nur dann kann der Gesellenverein seine Aufgabe erfüllen. Darum soll es gerade der Verdienst der christlichen Gesellen sein, den sozialen Frieden und die Gerechtigkeit zu verteidigen. Deshalb mitarbeiten zur vernünftigen Lösung der Lohnfrage, mitarbeiten zum Abschluß von Kollektivverträgen und zu einer festen christlichen Organisation.“

Mithilfe der Arbeiter bei der Unfallverhütung.

Bekanntlich entstehen manche Betriebsunfälle dadurch, daß nicht die genügenden Schutzvorrichtungen vorhanden sind. Vielfach ist aber auch zu konstatieren, daß die Arbeiter zu gleichgültig sind in der Anwendung dieser Schutzvorrichtungen. Da ist es denn interessant, daß in einigen Betrieben die Arbeiter selbst zur Ueberwachung der Unfallverhütungsvorrichtungen und zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Jahres-

Berichte der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerke-
räte für das Jahr 1904 enthalten nach der „N. Volksztg.“
einige bezügliche Mitteilungen. Bei dem Weimer Walzwerk
wurden von den Arbeitern der verschiedenen Abteilungen in
freier Wahl Arbeiterausschüsse für jede Abteilung gewählt,
die allmonatlich einmal die Werkstätten auf das Vorhanden-
sein genügender Schutzeinrichtungen zu besichtigen haben. Der
Besund der Ausschüsse wird durch Vermittelung der Abtei-
lungsleiter dem Direktor vorgelegt, der über die Ausführung
der Vorschläge beschließt. In den ersten Monaten war na-
turgemäß die Tätigkeit der Ausschüsse sehr groß; jetzt stellt
sie sich so, daß durchschnittlich im Monat zwei Vorschläge ge-
macht werden, die meist recht brauchbar sind. Die chemische
Fabrik Budau, in deren weitverzweigtem Betriebe außer-
ordentlich viele Unfälle vorkamen, hat, außer der Anordnung
von Strafen für erwiesener Nichtbeachtung der Unfallver-
hütungsvorschriften, drei Arbeiter, einen Schlosser, einen
Himmerrmann und einen Hosenmacher, damit beauftragt,
die in ihr Fach schlagenden Fabrikeinrichtungen allmählich
zweimal genau zu prüfen und über den Befund Bericht zu
erstatten. Der Betriebsingenieur nimmt allmonatlich eine
Nachprüfung vor, und wenn diese zufriedenstellend ausfällt,
so erhalten die vorgenannten Arbeiter eine Prämie. Weitere
Belohnungen erhalten sie, wenn durch ihre Tätigkeit, durch
besondere Vorschläge usw. die Unfallverhütung wesentlich ge-
fordert wird. Ueber die Wirksamkeit dieser in diesem Jahre
eingeschickten Maßnahme gibt ein Vergleich der Unfälle der
letzten Jahre Aufschluß. Bei 380 Arbeitern kamen im Ver-
richtsjahre 29 Unfälle vor, im Vorjahre dagegen bei 330
Arbeitern 58 Unfälle. Das Kahlwerk Oberpreze der Allge-
meinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Oberkornweide hat einen
aus Beamten und Arbeitern zusammengesetzten Ausschuß,
dessen Aufgabe es ist, für die Verhütung von Betriebsun-
fällen zu sorgen und die Einrichtung sanitärer Einrichtungen
anzuregen. Durch diesen Ausschuß haben die Arbeiter die
Möglichkeit, Wünsche oder Beschwerden über die Betriebs-
einrichtungen vorzubringen. Für praktische Vorschläge von
Sicherheitsvorrichtungen werden den Arbeitern Prämien in
Höhe von 9 bis 300 Mk. gezahlt. Auf diese Weise soll das
Bewußtsein der Arbeiter für die Verhütung von Unfällen
erhalten werden. Durch diese Vorschläge sind auch
Anregungen zu Verbesserungen von Schutzeinrichtungen erhalten worden. Die Ein-
richtung erinnert an die in amerikanischen und einigen eng-
lischen Werkstätten eingeführten Einrichtungen der Suggestion
(Verbesserungsvorschläge), die sich allerdings dort meist nicht
auf die Unfallverhütung allein beschränken, sondern sich all-
gemein auf sämtliche Betriebsrichtungen erstrecken. End-
lich möge noch die Bestimmung einer größeren Arbeitszeit
in Frankfurt a. O. erwähnt werden, nach welcher diejenigen
Arbeiter, die sich während des Betriebsjahres nicht verletzt
haben, zu Weihnachten eine Prämie von 5 Mk. erhalten, die
sich in jedem folgenden Jahre um weitere 5 Mk. bis zu dem
Höchstbetrage von 30 Mk. steigert. Auch diese Einrichtung
hat sich gut bewährt; ein Verletzter erlittener Unfälle ist
kaum möglich, da sich die Arbeiter gegenseitig abtöten.

Herr Bull wird reine dull.

Zu dieser Ansicht muß man gelangen, wenn man liest,
wie Herr Bull, Sekretär der katholischen Fachabteilungen, die
christlichen Gewerkschaften beurteilt. In einem Bericht der
„Schlesischen Nachrichten“ (Nr. 276 vom 1. Dez. 1904) über
eine von ca. 35 Personen besuchte Versammlung der „Fach-
abteilung für Maurer, Bauarbeiter und Bauhandwerker“ heißt
es u. a. wie folgt:

„Arbeitersekretär Bull wandte sich scharf gegen den Vorredner
und führte dabei wie folgt aus: Was will das Wort christlich bei
den christlichen Organisationen bedeuten, da sie doch das sind,
wie die sozialdemokratischen? Die Prinzipien, sofern sie solche haben,
die Art und Weise, wie sie arbeiten, ist bei beiden dieselbe. Die
Statuten sind dieselben, nur der Wortlaut ist geändert. Die christ-
lichen Gewerkschaften nehmen genau so hohe Beiträge und bieten
ihren Mitgliedern genau so minimale Leistungen wie die sozialdemo-
kratischen. Was will das Wort christlich bedeuten? So frage ich
nachmal, wenn die Arbeit dieselbe ist, wie bei den freien Gewerks-
chaften. Der christliche Verband ist genau derselbe Terrorismus
wie bei den freien Gewerkschaften, bauten bester, auf denen nur
Angehörige seines Verbandes zugelassen werden, und daraus
erklärt sich auch zum Teil die große Mitgliederzahl. Ist ein
Mitglied des Zentralverbandes ohne Arbeit, so läßt es sich einfach
„umschreiben“, um auf den von den Christlichen bestanden zu
gelangen. (Ruf: Sehr richtig!) So geht es natürlich auch um-
gekehrt. Beide Gewerkschaften bilden einen Taubenschlag. Auf der
einen Seite stehen die katholischen und protestantischen Arbeiter,
die christlichen Gewerkschaften benutzen das Wort „christlich“ als
Dekret, um unter seinem Schutze das gleiche zu tun und zu erstreben,
wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Mit ihm wollen sie
die Arbeiter fangen; das können sie nicht leugnen. Ich weiß es,
ich gebe ihnen die Garantie, daß in den christlichen Gewerkschaften
kein Mittel der Mitglieder nicht ihre religiösen Pflichten erfüllen.
Die christlichen Gewerkschaften haben auf denselben Boden wie die
Sozialdemokratischen und nennen sich „christliche Gewerkschaften“, um
die dummer katholischen und evangelischen Arbeiter fangen zu
können.“

So stellt sich in den Köpfen der Berliner Herren das
„friedliche Nebeneinanderdasein“ aus. Dabei sollen die
Mitglieder der dem Berliner Verbande angeschlossenen Ver-
bände einen Beitrag von 60 Pfg. jährlich zahlen zur
Unterhaltung von Fachabteilungssekretären. Dazu werden
selbstverständlich auch diejenigen Arbeitervereinsmitglieder ver-
pflichtet, welche den christlichen Gewerkschaften angehören.
Diese Selbstfinanzierung wird man denselben doch wohl kaum
zumuten können. Die richtigen Konsequenzen aus der Lage
der Dinge hat der Meißner Bezirksverband gezogen, indem er
mit 300 Mitgliedern aus dem Verbande austrat.

Angesichts derartigen Verleumdungen ist es erklärlich,
daß sich Gewerkschaftssekretär Gloger zu der Äußerung hin-
reißen ließ, „daß es ein in der Vergangenheit und hinterlistiges
Hoch wie in den Fachabteilungen sonst nirgends gebe“. Uebrigens
hat Kollege Gloger seine scharfen Ausdrücke zurückgenommen,
was doch jedenfalls anzuerkennen ist. Bei den verschiedensten
Gelegenheiten haben wir festgestellt, wie sich der Berliner
„Arbeiter“ im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften von dem
schlimmsten Optimismus nicht losreißen konnte. Auch dem
Arbeitersekretär Bull hat Herr Gloger keine Verzeihung über-
lassen. Lange genug haben die Berliner Herren mit
ihren Fingerhaken-Politik die Arbeiter geschädigt. Es
muß und wird sich ändern, auch in den Kreisen der Ber-
liner Hinterwäldler. Auf, ihr Arbeiter! Durch Kampf zum
Sieg der christlichen Gewerkschaften!

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Ein neuer Jahrgang des Zentralblattes

der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beginnt mit dem
1. Januar 1905. Die Reichhaltigkeit und der gediegene Ge-
halt des Zentralblattes wurde selbst schon von Gegnern an-
erkannt. Leider kann dasselbe nur einem beschränkten Mit-
gliederkreise (den kleineren Poststellen nur in 1 Exemplar)
unentgeltlich überwiesen werden. Um aber auch weiteren
Mitgliedern den Bezug zu ermöglichen, wurde
im vorigen Jahre der Quartalspreis auf nur 50 Pfg.
festgesetzt. Der dieswöchentlichen Nummer des Organs
liegt ein Prospekt mit angelegtem Bestellzettel bei. Wir kö-
nnen den Mitgliedern, die sich eine Uebersicht über die Ar-
beiterbewegung des In- und Auslandes, insbesondere über
alle wichtigen Vorgänge innerhalb der christlichen Arbeiter-
bewegung verschaffen wollen, das Abonnement nur nach-
drücklich empfehlen. Wir hoffen, daß noch manches
eifrige Verbandmitglied sich zum Abonnement auf das „Zen-
tralblatt der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands“ bereit finden wird.

Auf tragische Weise zu Tode

Kam vor dem Schöffengerichte in Düsseldorf eine Seeschlange,
welche von den Düsseldorfern „Genossen“ recht seit gefüttert
war. Während des diesjährigen rheinisch-westfälischen Vier-
hundertlotts, an dem sich bekanntlich die christlichen Gewerkschaften
nicht beteiligten, war in der Düsseldorf-Sozialdemokratischen
„Volkszeitung“ zu einer Versammlung mit dem Vornamen
eingeladen worden: Arbeiter, erscheint in Masse, um Euch
über den bezahlten Arbeiterverrat der christlichen Arbeiter-
führer zu orientieren! Die Vorsitzenden der christlichen
Gewerkschaften hatten auf Grund dieser Ausführungen gegen
den verantwortlichen Redakteur Hugo Schotte die Beleidig-
ungsklage angekreuzt, die vor dem Schöffengerichte mit
einem Vergleich dahin endete, daß sich der angeklagte sozial-
demokratische Redakteur zu einem öffentlichen Bittverurteil
in verschiedenen Zeitungen bereit erklärte. In welcher biswili-
gen Weise im vorliegenden Falle wieder verleumdet worden
war, erhellt aus dem Umstande, daß man von sozialdemokra-
tischer Seite auch nicht einmal den Versuch eines Beweises
unternahm.

Muß die Krankenkasse auch für Selbstkürder das Sterbe- geld bezahlen?

Ein bei der Krankenkasse in Döbeln versicherter Mann
beging während seiner Krankheit Selbstmord. Seine Frau
machte bei der Krankenkasse Ansprüche auf Auszahlung des
Sterbegeldes geltend. Die Krankenkasse verweigerte das
Sterbegeld, obwohl die Frau geltend machte, daß der Selbst-
mord ihres Mannes die direkte Folge der Krankheit gewesen
sei, da er es vor Schmerzen nicht mehr habe aushalten kö-
nnen (er litt an Rheumatismus). Der Döbelner Stadtrat und
dann auch die Freischauermannschaft pflichteten der Kasse bei
und verwarfen den Anspruch der Witwe. Zuletzt kam die An-
gelegenheit vor das Obergericht, welches die Krankenkasse
ebenfalls recht gab. Dieses führte aus, daß nur,
wenn natürlicher Tod vorliege, Anspruch auf Sterbegeld vor-
liege, selbst dann, wenn der Selbstmord in Seelengesundheit
erfolge oder ein Kranker dies tue, um seinen schmerzhaften
und vielleicht unheilbaren Leiden ein Ende zu bereiten.

Das Organ des deutschen Buchdruckerverbandes

veröffentlicht die Jahresberichte aller zu diesem Verbands ge-
hörenden Gauen, Bezirke und Orte für das Jahr 1904. Der
Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1904 40 458; die
Zentralkasse des Verbandes verausgabte rund 1 796 000 Mk.,
die Invalidenkasse in Liquidation rund 46 000 Mk., die Gau-
kassen verausgabten rund 588 000 Mk., die Bezirks- und
Ortskassen rund 250 000 Mk. Zusammen also wurden für
gewerkschaftliche und damit zusammenhängende Zwecke rund
2 651 000 Mk. aufgewandt. In den verschiedenen Kassen be-
stand sich ein Vermögen von insgesamt 5 900 000 Mk. Das
Buchdruckerblatt knüpft an diese Tatsache folgende bemerkens-
werte Auslassung an: „Rechnen wir davon rund 4 Millionen
verfügbar für Streikunterstützungen und folgten dann den
vielfachen Leistungen der Generalfreikassier & Co. Rosa
Lugenburg, so wäre die ganze Herrlichkeit auch bald zu Ende
— und das Hungern für die Ueberzeugung könnte seinen An-
fang nehmen. Sind wir dann bei der Gläubigkeit — oder rich-
tiger der ebenen Theorie angelangt, dann, ja dann endlich
käme die Bestimmung, und das Sammeln von Fonds könnte
unter den schwierigsten Umständen von neuem beginnen.“ Nach
mehreren Dezentennien, wenn dann endlich wieder eine nennens-
werte Summe beisammen wäre, könnten nochmals solche mo-
derne Heroskrateen entstehen, die mit dem Massenstreik, der
direkten Aktion oder sonst welchem modernen Mittel der
Masse des Volkes wohl ein Brillantfeuerwerk von weni-
gen Tagen vormachen könnten, im übrigen aber die wirk-
lichen Bedürfnisse unbefriedigt ließen. Hier trifft das Goethe'sche
Wort im „Faust“ zu: „Ich sag es Dir; ein Perl, der spe-
kulierte, ist wie ein Tier auf darrer Höhe, von einem bösen
Geist im Kreis herumgeführt, und rings umher liegt schöne
grüne Weide.“ — So scharf weist das Organ derjenigen Ge-
werkschaft, die unter allen am meisten zu verlieren hätte, den
Gedanken des Generalfreikassiers zurück. Der bekannte Rosa
Lugenburg paßt das natürlich nicht. Sie schimpft im Zen-
tralorgan tapfer auf den „Korrespondenten“ los. In jenem
Artikel zeigte sich der „Gewerkschaftskretinismus“ förmlich im
Reinakt. Der Beschluß des Jänner Parteitages, betreffend
den politischen Massenstreik, werde wie schon öfter „verschönt“
und „gütig beigeistert“, und das Organ des Deutschen Buch-
druckerverbandes proklamierte den „Standpunkt des nachsten
Verfassungsvertrages“, des „hübschesten Gewerkschaftskretinismus“.
— Wie man sieht, ist die neue Redaktion des „Vorwärts“
den „edlen Sech“ im Schimpfen doch um mehrere Nasen-
längen voraus.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

M.-Glöckner.

Ein Berichterstatter des „deutschen Textilarbeiterverbandes“
aus M.-Glöckner glaubt, wegen der Bewegung bei der Firma
Glöckner Vollindustrie über unsern Verband den Stab brechen zu
müssen. Wahrscheinlich ist man von dieser Seite nicht auf die er-
höhte Rechnung gekommen, daher auch die Zeit des Artikel-
schreibers.

Im ersten Teile bemängelt er, daß die Bewegung ihm nicht
genug genügt ist. Er schreibt, daß die Lohnbewegung schon
vor ein Jahr begonnen habe, nicht aber zu vergessen, daß man
Personen abgeholt hat, die mit der Bewegung nicht zu
tun hatten, sondern die eigentlich die Mitglieder, nachdem die Ein-
führung des Zwangslohnens abgelehrt, auch für die Zukunft die
Mitglieder der Organisation vor Augen fassen.

Als man nun später auf diesen Personalmangel beschloß, einen
Botschaft einzuschicken, ist dieses auch geschehen. Die Firma sollte
ein Angebot auf denselben ab. Sachkundige Fachmännern, in

welchen darüber berichtet wurde, waren dies so wenig besuch,
daß der Ausschuß sich sagen mußte: wenn die Arbeiter nicht mehr
Interesse bekunden, werden wir die Angelegenheit auch nicht
weiterverfolgen können. Bestenfalls bemerkt man in dem Be-
richte des Ausschusses, ein Zeichen seiner „Aktivität“.

Auf spätere Versammlungen wurde beschließen, einen neuen
Lohnvertrag einzuschließen, was auch geschah. Inzwischen wurde auch
dieser Tarif nicht. In der Versammlung, wo Bericht erstattet
wurde, war wieder ein schwacher Besuch zu verzeichnen und wurde
auf dieser Versammlung beschlossen, neue zu agitieren, um demnach
eine gut besuchte Versammlung zu erzielen, dann sollte in weitere
Verhandlungen eingetreten werden. Diese Versammlung hatte auch
den gewünschten Erfolg. In derselben wurde auch das Verhältnis
der Organisation festgelegt. Es waren organisiert von 194 Betreibern
189, davon im christlichen Verbände 156, im „freien“ Verbände 13.
Von den Organisierten war auch noch ein Teil, der seine Karten-
zeit nicht zurückgelegt hatte. Sonderbar muß es einem ammenen,
wenn man von dem Berichterstatter berichtet wird, daß von der
Belegschaft 15% dem „deutschen“ Textilarbeiterverbande angehö-
ren. Es kommen noch keine 15 Personen von annähernd 200 in
Frage, was hiervon 15% konstatieren kann, ist ein Rechenfehler;
oder sollte hier nur geklärt werden? Wenn nun dem „Herrn
Glockner“ vorgeworfen wird, daß er eine Abstimmung verweigert habe,
so hat dieser nur seine Pflicht getan, denn unser Streikverle-
ment schreibt vor, daß eine geheime Abstimmung von den
Beteiligten vorzunehmen ist. Hierbei ist aber nicht gedacht, daß
etwa 15% nicht anwesend sind, sondern alle sollen ihre Meinung
äußern. Wenn ferner berichtet wird, am 14. Nov. wäre der Ar-
beiterausschuß auf Beschluß der Versammlung in eine Verhandlung
eingetreten, so muß dem Gedächtnis der „Genossen“ auch wieder ein
wenig nachgeholfen werden. Die Verhandlung und ebenso die Ab-
stimmung fand am 18. statt und sah sich der Arbeiterausschuß nach
den gemachten Zugeständnissen der Firma veranlaßt, anderen Tages
von einem Einreichen der Kündigung Abstand zu nehmen. Zugewen-
den war auch eine Vertrauensperson der „Deutschen“, welche gegen die
Absicht des Ausschusses nicht einzuwenden hatte. Als nun das
Ergebnis dieser und noch einer späteren Verhandlung einer Ver-
sammlung unterbreitet wurde, war von den Beteiligten keiner, der
mit dem Einreichen nicht zufrieden war. Seine Unzufriedenheit
auszudrücken, blieb dem Vertreter der „Deutschen“, dem Genossen
Wenzel, vorbehalten. Dieser meinte, es hätte unbedingt gekündigt
werden müssen. Seine Absicht, die Christlichen hier in einen Streik
zu treiben, erschröckte ihm hierbei, vielleicht ohne es zu wollen. Er
hatte sich aber die Klasse vom Gehirte gezogen, und die Anwesenden
hätten seine Absichten durchschaut, wodurch sein Vorhaben nicht ge-
scheitert wurde. Das ganze Schicksal des Genossen Wenzel erinnert
an die Ausführungen des Genossen „Gemoll“ in Offen, der bei einer
Gelegenheit ausrief: Ein Streik, der 14 Wochen dauert
und verloren geht, ist ihm lieber wie einer, der in
einer Woche gewonnen wird.

Wenn man dann zum Schluß noch eine Versammlung der
Kontenpartei in die Sache hineinzuziehen sucht, um den Christ-
lichen Parteipolitik anzuhängen, so kann man sich der Kritik
schreiben, wie er von sich auf andere schließt. Daß die Christ-
lich-national-gesinnten Arbeiter eines ganz anderen Weltanschauung
habigen, als die „Freien“, wurde ja in Köln vom Genossen Büchel-
berg angeführt, dies bedingt auch, daß gemäß dieser Anschauung
die Anteil in wirtschaftlichen Fragen mitunter eine verschiedene sein
muß. Die Arbeiter der Firma haben durch die Bewegung erreicht,
was sie erreichen wollten, nämlich einen Lohnvertrag. Die Lohnsätze
bestehen sind mit die höchsten, welche in Glöckner bezahlt werden.
Wenn man nicht alle Wünsche erfüllt, so kann man auch bei
den „Deutschen“ mitunter eine große Befriedigung finden, aber wo
man nur ein „paar Mannes“ hat, in Dauer, da ist es was anders.
Sicher werden die Arbeiter der Firma System für die Anteil
der „Deutschen“ bedanken und auch dasjenige zu würdigen wissen,
was in friedlicher Weise erreicht worden ist.

Wäre man aus dem Angeführten die Lehre ziehen, daß mit
Gefahr den Arbeitern nicht gebietet ist, sondern daß die Gerechtig-
keit verlangt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Wo man diese
sichert, kann man kein Vertrauen haben. Sorge darum jeder für
die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutsch-
lands.

Bei der Firma W. N o n n e n u n d S o h n hatten sich nach
und nach Differenzen herausgestellt. Besonders war es eine
Art von Wehklagen, bei denen der Lohn zu den übrigen
nicht im richtigen Verhältnis stand. Dieses und noch anderes
veranlaßte die Arbeiter, mit ihren Wünschen an den Arbeit-
geber heranzutreten und denselben durch den Arbeiterausschuß
selbstge vorzutragen zu lassen. Nach mehrmaliger Verhandlung
gelang es dem Ausschuß, die Angelegenheit zu regeln und
erhielten die bisher schlechter gestellten Arbeiter eine Löhner-
höhung von 5%.

Da nun kurz vor und während der Bewegung ein großer
Teil von den Beteiligten dem Verbands beigetreten sind,
richteten wir an diese die Mahnung, jetzt auch dauernd treu
zum Verbands zu halten, denn nur durch straffe Organisation
werden wir imstande sein, die Verhältnisse so zu erhalten,
wie sie sich gestaltet haben.

Eine Lohnbewegung in Lambrecht (Pfalz)

ist im Laufe der letzten Wochen von den organisierten Textil-
arbeitern angebahnt und am 6. Dezember in friedlicher Weise
zum Abschluß gebracht worden. Es hatten sich, wie man das
ja in der Textilbranche so häufig vorfindet, eine ganze Reihe
von Mitgliedern in fast allen Fabriken eingeschlichen, deren
Beteiligung nicht nur für die Arbeitererschaft, sondern auch für
die Fabrikanten von Nutzen sein mußte. In einer öffentlichen
Versammlung nahm die Arbeitererschaft Stellung gegen diese
Mitstände und wurden auch zugleich die für die Arbeitererschaft
so empfindlichen teureren Lebensmittelpreise mit in Betracht
gezogen. Es wurden folgende Punkte aufgestellt: 1) Gewäh-
rung des Lohnfundamentes, 2) Gewährung von 10% Lohn-
erhöhung, 3) 50% Zuschlag für Ueberstunden, 4) Entschädigung
für Warten auf Material, 5) Einführung von Arbeiteraus-
schüssen, 6) Wegfall der Abzüge für unverbrauchte Werkstoffe
sowie für Brüche an den Maschinen, 7) Beteiligung sonstiger
Angelegenheiten, 8) Entschädigung für schlechtes Material.
Diese Punkte wurden in den einzelnen Fabrikversammlungen
beraten und den Arbeitgebern mit weitgehenden Begründungen
schriftlich eingereicht. Außer den vorgenannten Punkten kamen
für die einzelnen Fabriken je noch einige, mehr hygienischer
Art in Betracht, zu deren Abstellung die betr. Fabrikanten
nach Vorstelligwerden der gewählten Kommissionen sich be-
reit erklärten. Dagegen wurden die oben angeführten Punkte
an ein Schiedsgericht verwiesen, dessen Vorsitz dem Herrn
Regierungsrat Junker aus Neustadt a. S. übertragen wurde,
welcher auch bereitwillig annahm.

Jedenfalls war dieses der richtigste Weg, den man ein-
schlagen konnte, um eine beiderseitige Verständigung herbei-
zuführen. So wurde denn nach drei solcher Sitzungen in fast
allen Punkten eine Einigung erzielt, indem die Arbeitgeber
sich bereit erklärten, Schutzhüllen einzuführen, nach deren
Grundlage ein neuer Tarif zustande gekommen ist. Ebenso
wurde auch für die in Lagelohn beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen eine Löhnerhöhung bewilligt. Bezüglich des
Lohnfundamentes erklärten sich die Arbeitgeber Lambrecht's
bereit, sobald an vier von acht Konkurrenzorten der Lohn-
fundamenttag eingeführt sei, sofort freiwillig nachzufolgen.

Eine von allen Textilarbeitern besuchte Versammlung er-
klärte sich mit den Vereinbarungen einverstanden, und so sind
die drohenden Wolken wieder vergangen, zum Segen und
Nutzen aller Einwohner Lambrechts.

Bemerkenswert an dieser Bewegung ist noch, daß die-
selbe in der größten Ruhe geführt worden ist. Beide Or-
ganisationen (freie und christliche) hatten ihre Vertreter ent-
sendet und sind dieselben gemeinsam vorgegangen.

Arbeitsverhältnisse in Montjoie.

Man schreibt aus dem dortigen Kollegentreffen: Gegen Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, wo die Entwicklung deutscher Industrie in ihrem Anfangsstadium begriffen war, konnte man auch hierorts manche Betriebe der Textilbranche wahrnehmen. Billigerweise hätte man nun annehmen können, daß dieselben, gleichen Schritt mit der Industrie haltend, an Ausdehnung und Umfang gewonnen hätten, wenigstens in soweit, um dem hiesigen Arbeiter seine Existenz zu sichern. Leider aber ist das nicht der Fall. Manches große Gebäude, das früher als Fabrik Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst geboten, ist heute wohnbar für Menschen oder auch als Stallung für Vieh eingerichtet. Andere Betriebe sind dem Verkauf preisgegeben und bilden je nach Geschmack eine Sehenswürdigkeit als Ruinen. Woher mag das wohl gekommen sein?

Um seine Arbeitskraft zu verwerten, überhaupt um das zum Leben Notdürftige zu erwerben, sehen wir die Arbeiter Montjoies der Großstadt (vornehmlich Nachen) zuströmen. Gewiß sind hiermit viele Unannehmlichkeiten für die Arbeiter und deren Familie verknüpft, namentlich durch die Trennung des Arbeiters von der Familie und durch den Lohnausfall, verursacht durch den persönlichen Bedarf an Bekleidung, an Miete, für Wohnung und Eisenbahnfahrt. Dieser Umstand macht es begreiflich, daß viele hier den Staub von den Füßen schütteln und in der Großstadt dauernd ihren Wohnsitz nehmen. Ob dieses nun im Interesse der Großstadt oder auch des hiesigen Bezirks liegt, möchte ich wohl sehr bezweifeln.

Nun einiges über die hiesigen Arbeitsverhältnisse. Da möchte ich nun voraussichtlich, daß in den ländlichen Betrieben fast durchweg billiger gearbeitet wird, als in der Stadt. Ja noch weiter, daß man nicht selten dorthin die Betriebe verlegt, um eine willige und billige Arbeitskraft zu erhalten. Der Umstand, daß mancher Arbeiter auf seinem kleinen Bestitztum für des Lebens Nahrung einiges erzeugen kann, kommt dann sehr oft dem Kapital zu gute.

Bekanntlich soll der Arbeiter ja in kranken Tagen ein Krankengeld, bemessen zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes, erhalten. (Das Krankengeld kann auch höher sein. D. N.) Da mir nun ein Statut der hiesigen Ortskrankenkasse vorliegt, will ich die Lohnsätze, welche darin zu Grunde gelegt, des näheren unterbreiten. Wie wir zu Anfang meines Ausführens ersehen, kommen hier fast durchweg Arbeiterinnen in Frage. In den fünf verschiedenen Wohnklassen heißt es in der ersten wörtlich: Meister, welche 2 Mk. pro Tag und darüber verdienen. Dann folgen die über sechzehn Jahre alten männlichen Arbeiter mit 1,50 Mk. und die weiblichen mit 1,10 Mk. pro Arbeitstag. Bei intensiver Arbeit solche Löhne und in kranken Tagen eine Unterstützung zur Hälfte. Deißt das wohl sozialer Mißstand?

Die Behandlung steht mit dem Lohne auf gleicher Stufe. Ein Fall von vielen sei hier erwähnt. Bei einer Firma wurde eine Beschädigung der Wand im Abort konstatiert. Und was geschah? Da der Täter nicht auffindig zu machen war, wurde eine ganze Abteilung, aus der man einer Person die Schuld beimah, mit 20 Pfg. Strafe belegt. Mit diesem wenigen, welches doch viel besagt, will ich zum Schluß mit meinen Ansichten nicht hinhaltend. Als Arbeiter wünsche auch ich friedliche Arbeitsverhältnisse, in denen auch die Menschenrechte des Arbeiters gewahrt werden, die dem Arbeiter anständigen Lohn und Behandlung sichern.

Angesichts dessen bitte ich die in Betracht kommenden Firmen, etwas mehr nach dem Rechten zu sehen und die Löhne den heutigen Zeitverhältnissen anzupassen, anstatt die ohnehin schlechten Löhne noch zu reduzieren. Den Arbeiterinnen aber rufe ich zu: Hinein in den Zentralverband christl. Textilarbeiter, nur dadurch seid ihr in der Lage, eure nur zu sehr berechtigten Wünsche zur Durchführung zu bringen und den sozialen Frieden auf-der von mir angegebenen Grundlage zu erringen, zum Wohle der hiesigen Bewohner, zum Wohle der Allgemeinheit. Unsere Parole lautet: „Alle für einen und einer für alle.“

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Erfolge der Hausagitation.

Cuben: 33 Arbeiter, 112 Arbeiterinnen.
Kalterherberg: 6 Arbeiter, 20 Arbeiterinnen.

Nachen. Unsere Mitglieder hierdurch zur Kenntnis, daß in den ersten Wochen die Mitgliedsbücher eingefordert werden, zwecks Entwertung der Marken. Wir eruchen deshalb alle Kollegen und Kolleginnen, ihre Quittungsbücher bereit zu halten, damit unseren Vertrauensleuten diese schwierige Arbeit nach Möglichkeit erleichtert wird.

Nachen. Wohl um ihre Bedeutungslosigkeit zu bedenken, versuchen die „Genossen“ in Nachen, sich aus den Erzeugnissen des christlichen Verbandes ein Mäntelchen zusammenzusetzen. Ganz besonders kann man dieses beobachten, wenn im „Vierteljahr“ einmal eine Größe ihrer Partei über Arbeiterorganisationen redet, die nebenbei bemerkt ebenfalls etwas anderes von den Nachenern erhoffen voraussetzt als nur kritisieren. Aber die Genossen wissen sich zu helfen, indem sie sich Lizen auf ihr Guthabentkonto schreiben, die sie nicht vollbracht haben. So war es auch wieder in der öffentlichen Versammlung am 27. Nov. im „Frankenberger Viertel“, wo Genosse Feinhals nach der „Nachener Post“ sich damit gebrüstet hat (wobei um vor der Frau Käbler als großer Mann zu erscheinen), daß dem „deutschen“ Textilarbeiterverband der Bestuhntentag in Nachen zu verdanken sei. Die Christlichen haben nicht den Bestuhntentag herbeigeführt, sondern die Deutschen, welche damals nach ihren eigenen Angaben 300 (?) Mitglieder zählten. Und das soll Frau Käbler glauben! Genosse Lütt kößt in dasselbe Horn. Er will von 800 Landarbeitern beauftragt worden sein, dafür einzutreten, daß die Arbeitszeit der Landarbeiter morgens 1/4 Stunde später und mittags 1/4 Stunde früher beginnen soll. Also 800 Arbeiter hätten diesen Stern zweiter Größe beauftragt, während der „deutsche“ Verband nur 300 Mitglieder zählte. Davon wählten jedenfalls 99% in Nachen. Und dann soll ein böser Christlicher es berechtigt haben, daß es dem Genossen Lütt gelang, bei Einführung des Bestuhntentages für die Nachener Textilindustrie zweierlei Arbeitszeit zu schaffen. Erstens sei aber hier bemerkt, daß diese Forderung erst nachher erhoben worden ist, zweitens, daß, nachdem Genosse Lütt die Sache angeregt, dieselbe nicht abgelehnt, sondern weiterdiskutiert worden ist, und drittens, daß alle (selbst Genosse Dorn) sich damit einverstanden erklärt haben, wenn Arbeiter, die entschuldigter Weise zu spät kämen, auch nach sieben Uhr in die Fabrik hineingelassen würden. Die Appreturarbeiter müssen, so sagte Genosse Feinhals, jetzt nach 12 bis 13 Stunden, oft ganze Nächte durcharbeiten. Warum sollten denn die „Genossen“ für die Appreturarbeiter nicht den Bestuhntentag ein? Wenn dieselben dieses im Jahre 1900 mit 300 Mitgliedern konnten, so muß es ihnen jetzt, wo dieselben nach ihrer letzten Abrechnung 600 (?) Mitglieder haben sollen, erst recht möglich sein. Aber statt den Bestuhntentag für alle Arbeiter einzuführen oder auch nur bewirken, die Arbeit einzuführen, sind die „Genossen“ auf dem besten Wege, auch wieder die Arbeiterarbeit mit dem 12- bis 13-stündigen Arbeitstag zu begünstigen. So sind bei der Firma Köber eine Anzahl „Genossen“, die fortgesetzt während der Pausen arbeiten, abends bis 8 und 9 Uhr, ja sogar halbe Nächte durch die Ketten klotzen. Hier sollte „Genosse“ Feinhals einmal nach dem Rechten sehen und statt, wie seine eigenen Mitglieder sagen, faule Wege zu verpacken,

ten, dafür sorgen, daß der Bestuhntentag von den Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes eingehalten wird. Wir wollen hoffen, daß er auf der nächsten Versammlung seinen Mitgliedern das schöne „Bestuhntentagsbrot“ aus Neumünster singen läßt. Kommt dann nochmals eine Parteigebirge nach Nachen, dann kann er mit Flug und Macht behaupten, wir haben — gelungen, daß in Nachen der Bestuhntentag kommt, und nicht die Christlichen.

Vorum. Hier fand am Sonntag, den 3. Dezember eine Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Nachher der Vorsitzende der beiden im letzten Vierteljahr verstorbenen beiden Kollegen mit einigen ehrenden Worten gedacht, trat man in die Tagesordnung ein. Zunächst erstattete der Schriftführer einen ausführlichen Bericht über die Bezirkskonferenz, welcher beifällig aufgenommen wurde. Des weiteren wurde beschlossen, daß das alte Verbandsvermögen dem Bezirk verbleibe. Hiernach wurde die Frage des Anschlusses an das Kartell der christlichen Gewerkschaften im Kreisfeld beraten und der Vorstand beauftragt, sich über den Anschluß an das Kartell und den Beitrittsbedingungen zu erkundigen und der nächsten Versammlung darüber zu berichten. Eine lebhafte Debatte rief die neue Geschäftsordnung hervor, und wurde die Entschädigung für die Vertrauensmänner allzu niedrig bezeichnet. Im übrigen wurde dieselbe gutgeheißen. Betreffs der Hausagitation wurde beschlossen, daß in der nächsten Zeit die Vertrauensmänner, in Verbindung mit den jüngeren Kollegen, die Unorganisierten in ihrer Wohnung aufsuchen sollen, um dieselben für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hiernach war die Tagesordnung erledigt und wurde die Versammlung geschlossen.

Vorum. Am 3. Dezember hielten wir eine stark besuchte öffentliche Versammlung im Arbeitervereins Hause ab. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden sprach als erster Redner Kollege Schmitz-Vocholt über die Bedeutung und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. In recht geschickter Weise erledigte Redner seine Aufgabe. In zweiter Stelle sprach Kollege Lenzing-Vocholt über den Bestuhntentag in der Textilindustrie. Eine Resolution, in der der Zentralvorstand unseres Verbandes ersucht wird, wegen Verkürzung der Arbeitszeit eine Petition an den Reichstag zu richten, wurde einstimmig angenommen. Im Schlußwort dankte Kollege Lenzing dem Arbeitervereins-Vorstande für die freundliche Ueberlassung des Saales und zeigte, wie sich Gewerkschaft und Arbeitervereine gegenseitig ergänzen könnten. Eine Reihe Aufnahmen in den Verband war der sofortige Erfolg der Versammlung.

Dülken. In unserer Versammlung am 8. Dezember wurde aus der Versammlung heraus angeregt, mit der Hausagitation bis nach der Weihnachtsfeier zu warten. Dieser Anregung wurde stattgegeben. Am 26. Dezember (zweiter Feiertag) findet im Lokale des Herrn Karl Jansen ein Familienabend mit Kinderbesprechung statt, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen sind.

Dülken. Unsere Mitgliederversammlung am 3. Dezember erfreute sich eines guten Besuchs. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über das Thema: „Welche Tugenden muß ein Gewerkschaftler haben?“ Um ein treues Mitglied des Verbandes zu sein, müsse jedes Mitglied besonders sich bestreben, in jeder Beziehung opferwillig zu sein und pünktlich seine Beiträge zu zahlen. Was die Beharrlichkeit anbelange, führte er aus, so wäre unser Verband kein Automat, wo man oben 10 Pfennig hineinwerfe und unten komme eine Lohnverhöhung heraus. Nur dauernde Arbeit könne auf Erfolg rechnen. Hierauf wurde das Protokoll von der vorigen Versammlung verlesen und genehmigt. Dann wurde noch beschlossen, die noch zurückstehenden Forderungen bei der Firma Bendig dem Inhaber nochmals zu unterbreiten. Zu diesem Zweck soll in Kürze eine Fabrikerversammlung abgehalten werden, ferner im Januar eine öffentliche Versammlung gewerblicher Demonstration zu Gunsten des Bestuhntentages. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wuppertal. Am 8. Dezember hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die vom Kollegen Döring geleitet wurde. Zum ersten Punkte der Tagesordnung, Krankenkassen, wurden einige praktische Winke für die bevorstehende Wahl der Vorstandsmitglieder an der Krankenkasse gegeben und die Mitglieder aufgehalten, dafür zu sorgen, daß nur gute und intelligente Arbeiter in den Vorstand gewählt würden. Ein weiterer Punkt betraf die Lohnbewegung bei der Firma J. Schilgen. Die Firma, welche anfangs jedes Entgegenkommen abgelehnt, hat nun dem Ausbitteln gegenüber versprochen, die Löhne mit denen anderer Firmen zu vergleichen. Es wurden sodann einige Paragrafen aus unserem Statut beleuchtet und Klarheit darüber geschaffen, wie sich die Mitglieder im Falle einer Krankheit zu verhalten hätten. Es fand sodann eine interne Ortsgruppenangelegenheit ihre Erledigung. Nachdem zum Schluß noch einige Briefkastennotizen beantwortet, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wuppertal. Am 13. Nov. fand im Restaurant „Deutsche Reichshallen“ eine ansehnliche Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Dieselbe hätte in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung besser besucht sein können. Stand doch der Bericht über die Unterhandlungen mit dem Arbeitgeberverband als erster Punkt auf der Tagesordnung. Diese Unterredung mit dem Arbeitgeberverband betraf den Bestuhntentag und einer fünfzigprozentigen Lohnverhöhung kam zustande, nachdem sich die beiden Verbände (Christl. Textilarb.-Verband und Gewerksverein der Stadtarbeiter H.-D.) zueinander schriftlich an die Arbeitgeber gewandt hatten, am Sonntag, 29. Okt. im Fabrikantentor der Firma Stähler, Wuppertalstraße.

Kollege Bisky, der gemeinsam mit dem Vorsitzenden, Kollegen Regele, und den Vertretern des Gewerksvereins, Müller und Frost, an den Verhandlungen teilgenommen hatte, erstattete den Bericht. Demselben ist folgendes zu entnehmen: der Arbeitgeberverband war vertreten durch die Herren Stähler, Wellis und Schulz. Nach der üblichen Vorstellung fragte der Vorsitzende, Herr Stähler, in welcher Angelegenheit die Vertreter der beiden Organisationen kämen, und ob die etwaige Unterredung privatim sei oder ob das Resultat veröffentlicht werden solle. Nachdem die Kollegen Müller, Regele und Bisky diese Fragen entsprechend beantwortet hatten, erklärte Herr Stähler, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage seien, den Arbeitern irgend welche Zugeständnisse zu machen, und daß die Unterredung nur auf Betreiben des Redners gegen die Stimmen eines großen Teiles der Arbeitgeber zustande gekommen sei. Ferner stellte er es den Vertretern der Arbeiter anheim, sich in dieser Angelegenheit einmal auszusprechen. Kollege Müller führte darauf den Herren die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der beiden Arbeiterforderungen überzeugend vor Augen. Beide Teile hätten ein großes Interesse daran, daß diese schwebenden Fragen friedlich gelöst würden. Regele und Bisky unterstützten diese Ausführungen.

Darauf erwiderte meinte Herr Wellis, daß die deutsche Textilindustrie den Bestuhntentag nicht betragen könne wegen der englischen und amerikanischen Konkurrenz. Die deutschen Arbeiter hätten die Möglichkeit unserer Arbeitergesetzgebung nicht genügend zu würdigen. In England würden noch tausende von Kindern in der Textilindustrie beschäftigt. 10% weniger Arbeitszeit und 15% mehr Lohn, zusammen 25%, könne heute kein Fabrikant herauszufordern. Herr Stähler versuchte an einem Beispiel darzutun, daß die Forderungen der Arbeiter unerfüllbar seien: die hiesige Firma „Badisch-Elbische Wollfabrik“ habe bei einem Betriebskapital von 600.000 Mk. ca. 48.000 Mk. Reingewinn, d. h. 8% Rendite erzielt, darum könnte die Firma bei den neuen Bestimmungen nicht mehr bestehen. Außerdem behauptete Herr Stähler,

daß die Fortster Arbeiter von allen deutschen Textilarbeitern am besten entlohnt würden; jedenfalls ständen die Arbeiter in den Nachbarstädten wie Soran, Sommerfeld, Weitz, Spremberg und Stralbevalde schlechter da. Ihm schiene, als ob hier die Arbeiter mehr Wert auf die Lohnverhöhung als auf Verkürzung der Arbeitszeit legten. Die Arbeiter wollten ja eigentlich den Bestuhntentag, und sollte der Bestuhntentag nur eine Stufe sein auf der Leiter zur Erreichung des ersteren.

Kollege Bisky ging auf die Ausführungen des Herrn Wellis näher ein und beleuchtete die Lage der englischen und amerikanischen Arbeiter. In England und Amerika betrage die Arbeitszeit durchschnittlich nur 9, ja sogar nur 8 Stunden und würde der dortige Arbeiter dennoch verhältnismäßig besser entlohnt als der deutsche. Während der amerikanischen Arbeiter fast ein Drittel seines Lohnes für Lebensmittel ausgeben, muß der deutsche Arbeiter 60% seines Verdienstes hierfür ausgeben. Und trotz der kurzen Arbeitszeit und der bedeutend höheren Löhne kann die englische und die amerikanische Industrie mit der deutschen konkurrieren. Der deutsche Arbeiter hat eine längere Arbeitszeit, leistet aber in derselben nicht mehr, sondern eher weniger als der Engländer oder Amerikaner. Das erklärt sich so: der Deutsche arbeitet von früh bis spät, aber nicht so intensiv und an so schnellen Maschinen wie die Vorgenannten. Er muß Überlange auf dem Posten sein. Der ohrenbetäubende Lärm, verbunden mit schlechter Luft, wirken schädigend auf seine Gesundheit ein. Müde und abgepannt kommt er abends nach Hause. Anders bei kurzer Arbeitszeit: es wird angeknüpft gearbeitet, jede Sekunde ausgenützt, möglichst ohne viel Pausen; nachher Schlaf — keine Fabrikluft mehr, freie Zeit zur Fortbildung, freie Zeit für die Familie. Am anderen Morgen kommt er neu gestärkt und schaffensfreudig wieder an die Arbeit. Auch sind die Betriebskosten bei kürzerer Arbeitszeit entsprechend niedriger. Aus eigener Erfahrung weiß er nach, daß anderwärts in der Textilindustrie noch höhere Löhne bezahlt werden als in Soran, und wird er hierin von Kollegen Regele unterstützt, der den Durchschnittslohn von Nachen und Gladbach demjenigen von Soran gegenüberstellt.

Kollege Frost erfuhr die Arbeitgeber, auf ihrer demnächst in Berlin stattfindenden Verbandsversammlung für den Bestuhntentag Stimmung zu machen und es dem bedeutendsten Industriellenverband gleichzutun, der vor wenigen Wochen beschlossen hat, vom 1. Januar 1908 ab den Bestuhntentag, verbunden mit einer zehnprozentigen Lohnverhöhung in allen Betrieben seiner Mitglieder einzuführen. Dafür holte sich Kollege Frost vom Vorsitzenden, Herrn Stähler, eine starke Zurechtweisung. (1)

Inzwischen naheten die Arbeitgeber zum Abbruch. Kollege Müller, der zuletzt das Wort nahm, betonte, daß die Unterredung kein positives Ergebnis gezeitigt hätte. Er machte ferner die Herren auf die Mängel des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aufmerksam und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Angelegenheit doch noch friedlich geregelt werden möge, und daß die Arbeitgeber bei einer späteren Unterhandlung mit den Arbeitern letzteren mehr Entgegenkommen zeigen möchten.

Nachdem Kollege Bisky seinen Bericht der Versammlung erstattet hatte, erläuterte Kollege Rob. Regele denselben. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Reimann, Schulze und Karl Regele, welche sich sämtlich im Sinne des Berichterstatters äußerten.

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung noch mit dem Fabrik-Vertrauensmännerthema. Eine fängliche Kommission wurde mit den Vorarbeiten für den gemeinsamen Bezug von Kartons beauftragt. Kohlen betraut.

Gera. In einer am 4. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Nimmme-Greiz über „die Notwendigkeit unserer Organisation“. Er illustrierte dieses durch Bezugnahme auf den eben beendeten Lohnkampf in unserem Bezirk. Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß eine starke christliche Organisation notwendig ist. Als Kassenrevisor an Stelle des Kollegen Strödel wird fast einstimmig Kollege Flache Gera-Langenberg gewählt. Unsere Generalversammlung soll am 13. Januar, abends 8 Uhr, in der goldenen Angel stattfinden. „Was hat uns der Streik gelehrt?“ Darüber spricht Kollege Fiedischer noch am Schluß der Versammlung. Dabei wurde festgestellt, daß unser Verband seine Mitglieder bedeutend besser unterrichtete, als der „freie“ Verband. Unseren Mitgliedern aber ist zu empfehlen, in Zukunft noch zahlreicher an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen.

Wuppertal. Die am 25. November abgehaltene Versammlung war mäßig besucht. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Konferenz bezüglich der Verschmelzung der Ortsgruppen. Das Amt als Vertrauensmänner übernahmen die Kollegen Heim. Schmeß und Wilt. Morre. Der Punkt Hausagitation mußte vorläufig fallen gelassen werden, auch unter Berücksichtigung der Hofenfrage, weil das dafür bestimmte Mitglied nicht anwesend war. Auch wurden die Mitglieder ersucht, die Bibliothek doch besser als bisher zu benutzen, da es uns an Auswahl nicht mangelt. Ferner wurde die Anregung laut, in nächster Zeit ein ständiges Lokal ausfindig zu machen zum Zwecke der Zusammenkunft der Mitglieder, auch soll in diesem Lokale stets ein Fragekasten vorhanden sein, sowie auch Sonntags ein oder mehrere Vorstandsmitglieder zu einer gewissen Zeit anwesend. Nachdem der Vorstand sich bereit erklärt hatte, dieses zu berücksichtigen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Grefrath. Unsere Ortsgruppe hielt am 26. November eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab, Kollege Höfels eröffnete dieselbe mit dem üblichen Grusse und dankte den Erschienenen für ihre rege Beteiligung. Er gab den anwesenden Förderern bekannt, daß von jetzt an jedem zweiten Montag des Monats, abends 7 Uhr, Geldeinnahme nach der Kartenverteilung in der Wohnung des Kollegen Joh. Höfels stattfinden, ferner teilte er den Anwesenden mit, daß die fälligen Krankengelder unter Vorzeigung einer ärztlichen Bescheinigung auch bei Joh. Höfels, Sonntags morgens, zwischen 9—10 Uhr, verausgabt werden. Deshalb werden die Mitglieder gebeten, sich streng an dieser Vorordnung zu halten. Kollege Strödel honorte die Mitglieder an, bei der bevorstehenden Hausagitation dem Vorstande bezw. den Förderern bei dieser Arbeit beihilflich zu sein, denn es wäre zuviel verlangt, wenn diese die Agitation allein besorgen sollten. Nach einem kräftigen Appell: Auf zur Agitation! wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Güterloh. Unzufriedenheit mußte unsere letzte Versammlung am 2. Dezember stattfinden. Sie war trotzher gut besucht. Zunächst hielt der Kollege Wallbaum aus Wieselhof einen Vortrag über: „Volkswirtschaft und Gewerksvereine“. Hieran schloß sich eine ausgedehnte Diskussion. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Wir hoffen, daß in Zukunft unsere Versammlungen immer so gut besucht sind, denn dort ist der Platz zu einer gründlichen Aussprache.

Gardt. Am 19. Nov. hielt unsere Ortsgruppe einen Familienabend ab, welcher in schönster Weise verlief. Kollege Berlings hielt eine kurze Begrüßungsansprache. Er betonte ausführlich, daß es nicht unsere Aufgabe sei, Feste zu veranstalten, doch dürften wir uns einen Abend, wo das Ernste mit dem Heiteren abwechselte, doch wohl verschaffen. Nach Abingen von einem gemeinschaftlichen Niede hielt Fräulein Schwarz-M. Gladbach ihre Festrede. Sie gab ihrer Freude Ausdruck, daß es ihr vergönnt sei, einige Worte an uns zu richten. Rednerin rüttelte die männlichen Schlämpeigen wie der einmal ordentlich wach. An die Frauen richtete Rednerin die Bitte, doch fleißig mit zu agitieren, denn gerade die Frau sei der beste Agitator. Wenn der Mann sagt, ich muß zur Versammlung, so ist er nicht murren, sondern ihren Mann auf die Versammlung aufmerksam machen, damit er nur ja hinginge. (Die Mehrzahl unserer Mitglieder wird gebeten,

dieses doch ja zu beherzigen, besonders diejenigen, welche seit Jahren keine Versammlung besucht haben.) Dann kam Hr. Schwarz zu den Arbeiterinnen, ermahnte sie, dem Arbeiter beizustehen und nicht durch billigere Arbeit dem Arbeiter Konkurrenz zu bieten. Schüller an Schüller sollten sie zusammen kämpfen, um so ihre Lage zu verbessern. Nebenher schloß ihre Ausführungen mit einem Appell an die Unorganisierten, sich alle der christlichen Gewerkschaft anzuschließen. Von unseren Kollegen wurden einige Theaterstücke aufgeführt. Herr Rektor Bakunius, welcher als Gast erschienen war, brachte Grüße vom Herrn Kaplan Arey, welcher verhindert sei und so unserer Einladung nicht Folge leisten können. Herr Rektor Bakunius machte die Kollegen aufmerksam auf die Pflichten gegenüber unseren Führern. Nur dann, so führte Herr Rektor aus, kann eine Gewerkschaft blühen und wachsen, wenn Führer und Mitglieder fest zusammenstehen. Mit einem Hoch auf die Führer der christlichen Gewerkschaft schloß Herr Rektor seine Ausführungen. Nachdem das Programm soweit erledigt war, schloß Kollege Janßen das Familienfest.

Unsere Generalversammlung am 26. Nov. war mangelhaft besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe, worauf der Kassierer den Quartalsbericht brachte. Die Revisoren hatten es wieder nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber den zweiten Punkt: Ausschluß eines Kollegen, berichtete der Vorsitzende. Es entspann sich eine hitzige Diskussion. Schließlich wurde der Antrag auf Ausschluß mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Darauf legten der Vorsitzende und ein Vertrauensmann ihre Ämter nieder. Der Schriftführer leitete die Versammlung weiter. Es wurde eine Kommission gewählt, welche nochmals mit dem betreffenden Kollegen verhandeln soll. Dann wurde die Versammlung vom Schriftführer geschlossen.

Hardebroich-Besuch. Wir machen die Mitglieder unserer Ortsgruppe darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher, zwecks Kontrolle, in der ersten Woche des Monats Januar eingezogen werden und bitten wir die Mitglieder, ihre Bücher in Ordnung zu bringen.

Fischen. Am 3. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofsstelle statt. Der erschienenen Referent sprach über die Notwendigkeit des Zechnstundentages. Von einem Kollegen wurde auf die Zweckmäßigkeit der Krankengeldzuschüsse, die für die hiesige Bahnhofsstelle auch jetzt in Kraft tritt, hingewiesen. In dem Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die nächste öffentliche Versammlung, welche im Januar stattfindet und noch näher bekannt gegeben wird, auch gut besucht werde.

NB. Wenn die hiesigen Verhältnisse auch noch ziemlich schwierig liegen, so wäre es doch besser, die Versammlungen mehr zu besuchen, statt den Mut sinken zu lassen (wie schon manchmal geschehen). Ohne Einigkeit und Verband wird sich auch unsere Lage nicht verbessern, sondern noch verschlimmern, wie wir ja auch früher schon manchmal zu unserm Schaden erfahren haben.

Mies. Am 8. Dez. fand im Saale des Herrn Wessels eine öffentliche Versammlung statt, die leider nur mäßig besucht war, obgleich Lohnreduktionen, Mietsteigerung der Stadtbewohner usw. vorgekommen sind. Als der Ortsgruppenführer die Versammlung eröffnete und die erschienenen Kollegen begrüßte, legte der Bezirksvorsitzende denselben in einem einleitenden Vortrage ans Herz, wie notwendig die christliche Gewerkschaftsbewegung sei und wie verkehrt die Kollegen und Kolleginnen handelten, wenn sie dem Verbande fern blieben. Nachdem Redner dann noch die Notwendigkeit des Zechnstundentages besprochen hatte, und der Kollege Fr. Besch in packender Weise die Anwesenden an ihre Pflichten erinnerte, ließ der Vorsitzende über eine vom Zentralvorstand vorgeschlagene Resolution abstimmen, welche einstimmig angenommen wurde. Nachdem dann noch einige Kollegen neu aufgenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Mitglieder i. G. In unserer gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 3. Nov. sprach Kollege Buchmann über „das Koalitionsrecht des deutschen Arbeiters“. Der Arbeiter muß sich, so führte Redner aus, mit seinen Kollegen koalieren können, wenn er sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen will. Die heutige Wirtschaftsweise bedingt gerade die Vereinigung der Arbeiter. Ist das aber der Fall, so ist es auch Pflicht des Staates, daß er dem Arbeiter volle Koalitionsfreiheit gewährt. Nachdem sich Redner über die Geschichte des Koalitionsrechtes ausgeprochen hatte, unterzog er das heutige Koalitionsrecht einer scharfen Kritik und zeigte, daß auch dieses noch sehr reformbedürftig ist. Besonders der § 153 passe nicht mehr in unsere moderne Zeit hinein. Doch seien es nicht gerade die Bestimmungen dieses Paragrafen, als vielmehr die Handhabung und Auslegung desselben, welche zu beklagen seien. Dies rührt meistens von der Unkenntnis her, die oft noch in Richterkreisen und in den Kreisen der Verwaltungen in diesen Dingen herrscht. Deshalb ist eine unserer ersten Forderungen auf diesem Gebiete, daß sich diese Organe etwas mehr mit Sozialpolitik beschäftigen. Uebrigens brauchen wir ja nicht noch einen Extra-Paragrafen für die Arbeiter, da ja auch nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche die Vergehen, welche im § 153 vermerkt sind, bestraft werden. Auch verlangen wir gleiches Recht für alle. Bis jetzt waren es fast immer nur die Arbeiter, welche vom § 153 betroffen wurden, während die Arbeitgeber, von einem einzigen bekannten Fall abgesehen, immer frei ausgingen. Zug mit dem Koalitionsrecht sei das Verbot- und Versammlungsrecht verbunden, auch dieses sei noch reformbedürftig. Besonders mußte ein einheitliches Reichs-Verbot- und Versammlungsrecht, da wir ja heute noch in drei Bundesstaaten, auch in viel Verbot- und Versammlungsrechte mit den verschiedensten Bestimmungen haben. Wenn wir aber ein Recht ausgeübten, Koalitionsrecht verlangen wollen, müssen die Arbeiter zuerst von den schon bestehenden ausgiebigen Gebrauchen machen, denn sonst könnte aus der Gesetzgeber sagen: Wie, wollt ihr schon was Neues, wenn ihr das Alte noch nicht kennt? Macht einmal zuerst Gebrauch von dem, was ihr habt, dann wollen wir weiter sehen.“ Um diesem Einwand die Spitze zu nehmen, forderte der Referent zum Schluß die Anwesenden auf, rege für unseren Verband zu agitieren und Mitglieder zu werden, da ja hier in unserer industriellen Stadt noch ein weites Feld zu bebauen sei. In der Diskussion ergingten noch verschiedene Kollegen den Vortrag.

Bei der Vertrauensmännerwahl meldeten sich an Stelle der drei amtsübenden Kollegen die Kollegen Schönecker, Haber und Dug. Der Vorsitzende, Kollege Stell, teilte dann noch mit, daß der Vorstand beschlossen habe, nächste Woche drei große öffentliche Demonstrationsversammlungen zwecks gesetzlicher Einführung des zechnstündigen Maximalarbeitstages abzuhalten. Er ermahnte die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen und auch rege für diese Versammlungen zu agitieren. Er teilte auch mit, daß in nächster Zeit mit der Hausagitation begonnen wird. Mit dem Besuche, daß sich hiesige Kollegen und Kolleginnen zur Mitarbeit melden, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

Osnabrück. Am 3. Dezember fand hier eine vom christlichen Gewerkschaftsamt einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Camps-Münster über den zechnstündigen Arbeitstag in der Textilindustrie referierte. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß auch in der Metallindustrie in Osnabrück eine so lange Arbeitszeit noch in Mode sei. Notwendig sei auch eine Stärkung der Gewerksvereine. Eine Forderung, nach welcher der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Reichshaus er sucht wird, Schritte zu tun, damit der Zechnstundentag bald gesetzlich eingeführt wird, wurde ein-

stimmig angenommen. Dann berichtete der Kartellvorsitzende, Kollege Dörbelmann, über den Zustand der Formier bei der Firma Ortman. Hierauf folgte eine kurze Diskussion, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Osnabrück. In der am 6. Dez. vom christlichen Gewerkschaftsamt einberufenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung sprach unser Bezirksvorsitzender Camps über die Notwendigkeit des gesetzlichen Zechnstundentages. Redner betonte die Notwendigkeit einer gesetzlichen Festlegung des Zechnstundentages im Interesse der Arbeiter und ihrer Familie, des Staates und der Industrie. Die übermäßig lange Arbeitszeit, in Verbindung mit der Frauenarbeit vernichte das Familienleben und mache eine ordentliche Kindererziehung unmöglich, so daß man nicht ohne Grund von einer Verzögerung der Arbeiterkinder reden könne. Sie nehme dem Arbeiter die Zeit, sich weiterzubilden und führe indirekt zu unmäßigem Drantrieb. Die zu lange Arbeitszeit untergrabe aber auch die Volksgesundheit und damit die Wehrkraft des Staates. Die Industrie würde bei einer Verkürzung der Arbeitszeit bessere Arbeit erhalten. Die Einführung des Zechnstundentages sei aber auch möglich, weil in den meisten Betrieben bereits nicht länger als zehn Stunden oder weniger gearbeitet würde. Es sei für die Arbeiter jetzt Zeit, den Staat nachdrücklich an seine Pflicht zu erinnern. Folgende vom Redner vorgeschlagene Resolution wurde von der etwa 200 Personen zählenden Versammlung einstimmig angenommen: „Die am 3. Dez. im „Reinshaus“ zu Osnabrück tagende und vom christlichen Gewerkschaftsamt einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt sich in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten für die gesetzliche Einführung des zechnstündigen Maximalarbeitstages, besonders für die gesamte Textilindustrie. Die Versammelten vertreten entschieden den Standpunkt, daß der Zechnstundentag eine zeitgemäße Kulturforderung ist, die aus hygienischen, volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen baldigst verwirklicht werden muß. Mit Bedauern konstatieren die Versammelten, daß trotz des Drängens der Arbeiterchaft die gesetzgebenden Körperschaften (insbesondere die Reichsregierung) den zechnstündigen Maximalarbeitstag von Gesetzeswegen noch nicht eingeführt haben, und sie beauftragen den Vorstand des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter, eine entsprechende Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag zu richten. Die Versammlung fordert aber auch alle Arbeiter dringend auf, die christliche Gewerkschaftsorganisation durch Beitritt und opferfreudige Mitarbeit nach Möglichkeit zu stärken, damit die Interessen der Arbeiter in wünschenswerter Weise vertreten werden können.“

Nach der Annahme der Resolution forderte Kollege Camps die Anwesenden noch auf, auch danach zu handeln, was man schon beschlossen habe, und nach Kräften für die christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Markt Medwig. In unserer ersten Versammlung am 3. Dez. haben wir die Vorstandswahl getätigt. Als Vorsitzender wurde gewählt Donat Fischer, als Kassierer Karl Greger und als Schriftführer Wilhelm Fügler. Als Vertrauensleute wurden die Kollegen Josef Wiefing und Wilhelm Jauner gewählt. Darauf wurden zwei weitere Mitglieder in den Verband aufgenommen und hoffen wir, daß die noch fernstehenden Arbeiter unserm Verbande ebenfalls beitreten werden.

Schiffbeck. In der Versammlung am 6. Dezember hielt Kollege Wille aus Hamburg einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1905 und welche Lehren ziehen wir daraus?“ Besonders fanden der Zustand der Bergarbeiter, die Metallarbeiterausperrung in Bayern, die Bauarbeiterausperrung in Westfalen die Aussperrung der Arbeiter in der Berliner Elektrizitätswerken Verunsichtigung. An letzter Stelle wurde dann auch noch die neueste Aussperrung in Sachsen-Thüringen erwähnt. Die letztere besonders habe manchem Arbeiter die Augen geöffnet. Es würde jetzt seitens der Leitung des „freien“ Verbandes erklärt: „Wir Führer haben Fehler gemacht.“ Aus den Vorkommnissen gibt es nur die Lehre: Arbeiter, organisiert Euch. Nehmt Euch ein Beispiel an den Unternehmern. Organisiert Euch aber dort, wo nicht die Mitglieder die Führer führen, sondern in den christlichen Berufsvereinen. Redner erntete reichen Beifall. Es wurde dann beschlossen, nur noch monatliche Versammlungen abzuhalten. Die nächste Generalversammlung findet am 7. Januar 1906 statt. In dieser finden die Vorstandswahlen statt. Jedes Mitglied muß dann erscheinen.

Wierzen I. Mitgliederversammlung vom 26. November. Das kleine Sälchen von Ludwig Baues war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Nachdem der Revisor Grafes erklärte, Bücher und Kasse in schönster Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber die Hausagitation referierte zunächst Kollege Dohmejen. Er legte den Nutzen der Organisation an verschiedenen Beispielen klar, spornte ferner zur regen Agitation und zum Opferginn an. Betreffs der Standeslehre gab Redner ebenfalls noch belehrende Winke. Kollege Martin Brodes sprach ebenfalls im Sinne des Vorredners. Kollege Peter Wels spornte ebenfalls zur tatkräftigen Agitation an, vorab bei der jetzigen Hausagitation in Wierzen. Für die Ortsgruppe I haben sich schon eine Anzahl Kollegen bereitwillig zur Verfügung gestellt, die Hausagitation in den nächsten Tagen vorzunehmen. In Betreff der seit dem 1. Oktober in Kraft getretenen Krankengeldzuschüsse wurde vom Kassierer berichtet, daß schon hierfür für Ortsgruppe I 154,70 Mk. ausgezahlt wurden. Hierauf erfolgte Schluß der anregenden Versammlung.

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen, besucht stets unsere Versammlungen! Es ist eure Ehrenpflicht!
- Altenberg.** 17. Dezember, 5 Uhr, bei Frau Körfer, Kirchstraße, öffentliche Versammlung.
 - Arzatz.** 17. Dez., 6 Uhr, bei Karl Kahl.
 - Betttrath.** 17. Dez., 6 Uhr, bei Ludwig Döhmen, General-Berf.
 - Bockhof.** 17. Dez., bei Franz Jämping, Spinnereiarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung.
 - Burgwaldbühl.** Sonntag, 17. Dez. 5 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Hotel Fuchses.
 - Coesfeld.** 31. Dez., morgens 11 1/2 Uhr, im Vereinshaufe Abrechnung.
 - Eberfeld.** 16. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Hartmann, Röhbahn 5.
 - Eupen.** 19. Dez., 8 1/2 Uhr, im kath. Jünglingshause, große Arbeiterinnen-Versammlung.
 - Flußa.** 19. Dezember, 7 Uhr, öffentl. Versammlung in der Harmonie.
 - Geza.** 13. Januar, 8 Uhr, im Lokale „Goldene Angel“, General-Versammlung.
 - M.-Gladbach-Herz.** 17. Dez., 11 Uhr, bei Lilles.
 - Hardebroich-Besuch.** 24. Dezember, 6 Uhr, bei Fricke, Friedhofstraße, Familienabend.
 - Hermes-Dahl.** 17. Dez., 5 1/2 Uhr, bei H. Schöner, Gasstraße, öffentliche Versammlung.
 - Holt.** 17. Dez., 5 1/2 Uhr, bei H. Wankers, öffentl. Versammlung, Finkenbüsch.
 - Kaiserslautern.** 17. Dez., 4 Uhr, bei Dörmig, Pariserstr. 81.
 - Krefeld.** Jeden Sonntag, morgens von 11-1 Uhr, im Reichshaus, zur Reichshaus-Verkehr und Ausgabe der Bücher aus der Bibliothek. Auch werden dort Anmeldungen neuer Mitglieder für den Reichshaus-Besuch entgegengenommen.
 - Krefeld.** 17. Dez., 11 Uhr, im großen Saale der Reichshaus allgemeine Mitglieder-Versammlung.
 - Krefeld.** 17. Dez., 7 1/2 Uhr, in der „Hütte“ Arbeiterinnen-Berf.
 - Maniburg i. B.** 25. Dezember, 1/2 Uhr, im Reyerhof, Weihnachtsfeier.
 - Metelen.** 17. Dezember, 4 1/2 Uhr, bei Fritz Denker.
 - Metelen.** 16. Dezember, 6 1/2 Uhr, bei Anton Burgarding, Unter-

- Metelen i. G.** 6. Januar, 5 Uhr, bei Kempf (Reyerhof), Generalversammlung.
- Neuwerk.** 17. Dez., 6 Uhr, bei Heinrich Spedmann, Generalberf.
- Naviges.** 18. Dez., 8 Uhr, bei Rimmerkamp.
- Oberburg.** 17. Dezember, 8 Uhr, in der „Harmonie“.
- Reeren.** 24. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Rademacher.
- Stadthof i. B.** Jeden Montag, 9 Uhr, im Lokale Arbeiterinnen, Unterrichtsvers.
- Schaag.** 17. Dez., 5 1/2 Uhr, bei Johann Simon, öffentliche Versammlung.
- Waldberg.** 17. Dez., 6 Uhr, bei W. Baues, öffentl. Versammlung.
- Waldh.** 24. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Peter Kütters (oben).

M.-Gladbach-Hermes. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Fortuna“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 24. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale von Jakob Schütters, Rheydtstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Quartalsbericht, 2) Bericht über die seitgefundene gerichtl. Revision, 3) Einführung einer Sparkasse und Beratung der Statuten, 4) Mitteilung.

In dieser Versammlung werden die Mitglieder mit ihren Frauen dringend eingeladen.

Der Ausschichtsrat:
S. A. Matthias Gingen.

Rheindahlen. Gewerkschafts-Konsumverein Eintracht, e. G. m. b. H. Sonntag, den 24. Dez., nach dem Hochamte bei Witwe Gottfr. Wagen außerordentliche Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1) Beschlußfassung über Umdänderung der Statuten, 2) Bericht über die gerichtliche Revision, 3) Mitteilung.

Der Vorstand:
J. A. Johann Pösch.

Schiefbahn. Gewerkschafts-Konsumverein „Eintracht“, Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 22. Nov. 1905 aufgelöst. Die bisherigen Vorstandmitglieder Heinrich Schinkels und Heinrich Fiescher sind die Liquidatoren. Alle, welche noch eine Forderung an die Genossenschaft haben, wollen sich baldigst melden.

Die Liquidatoren:
Heinrich Schinkels, Heinrich Fiescher.

Bilanz

des Gewerkschafts Konsum-Verein „Fortuna“, e. G. m. b. H. zu M.-Gladbach-Hermes am 31. August 1905.

Aktiva:	Passiva:	
Rassen-Konto 1178,99	Geschäftsguth.-Konto . . . 2682,59	
Waren 6331,47	Waren-Kredit 869,00	
Inventar-Konto 508,46	Reservefonds 414,38	
Debitoren 503,06	Dispositionsfonds-Konto . . . 3,15	
Sparkasten 1009,81	Lieferanten-Schuldt 750,76	
	Reingewinn 4921,36	
	9531,79	9531,79

Mitgliederzahl am 1. September 1904 92
Im Laufe des Jahres beigetreten 46
Ausgetreten am 31. August 1905 13
Mithin Bestand am 1. September 1905 125

Die Zahl der Geschäftsanteile hat sich um 33 vermehrt und beträgt jetzt 3750.— Mk. gestiegen und beträgt jetzt 3750.— Mk.

Der Vorstand:
Gerhard Kremer,
Gerhard Kästers,
Math. Kröppel.

Der Ausschichtsrat:
S. A. Matthias Gingen,
Vorsitzender.
(540 Mk.)

Achtung! Ortsgruppe V. Arfeld!

Montag, den 18. Dezember, abends 9 Uhr, finden Bezirks-Versammlungen mit sehr wichtiger T.-O. statt: Für Gladbacher, Leisner-, Friedhofstraße bei Peter Böhm, Gladbacherstr. Für Kitter-, Saumstr. bei Rätten, Ritterstraße. Für Fischehnerstraße, Füllingsweg und Gath in der Johannesburg. Für Oberbühnenstraße bei Sellmann, Oberbühnen.

Der Vorstand der Ortsgruppe V:
Johann v. d. Mötter, Schriftführer.

An die Vorstandsmitglieder in den Ortsgruppen!

Vielsach wird es noch unterlassen, an die Bezirksvorsitzenden je ein Exemplar der Vierteljahrsabrechnung einzusenden. Auch die Briefe (besonders solche mit Berichten für das Verbandsorgan) werden oft ungenügend frankiert, wofür dann das doppelte als Strafpfand bezahlt werden muß. Wir richten deshalb nochmals an alle Ortsgruppenvorsitzende und Schriftführer die Aufforderung, in Zukunft die entsprechenden Bestimmungen zu beachten. Berichte für das Verbandsorgan sollen nur auf einer Seite geschrieben sein.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Hermann Weishaupt in Aachen-Burtscheidt.
Jos. Wienen in M.-Gladbach-Betttrath.
Ehre ihrem Andenken!

Für den Streik in Schiefbahn sind bei dem Unterzeichneten noch folgende Beträge eingegangen:

M.-Gladbach-Blumenberg	12.15 Mk
Bockholt	10.75
	Summa 22.90
	Früher eingegangen 15298.90
Düsselndorf, 12. Dezember 1905. Zusammen	15321.80

Der Zentralkassierer: Sch. Schaffrath.

Soeben erscheint:

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

1,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

Lexikon

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Mitglieder,
agitiert für den Verband!